



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Deutsch-Oestreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, Mitte März.

Seit einigen Wochen genießt Wien das Schauspiel eines ersten Versuches, die socialistischen Lehren, welche fremde Agitatoren und einheimische confuse Köpfe zwei Jahre hindurch den Arbeitern vorgetragen haben, praktisch zu machen. Neun Zehntel der Schriftseher feiern, da die Druckereibesitzer ihre Forderungen nicht bewilligt haben; die Zeitungen erscheinen in äußerst gedrängter Form und die Zeitungseigenthümer und Redacteurs wissen nicht recht, welches Gesicht sie zu der Erfahrung machen sollen, daß die Zeitungsleser im Allgemeinen mit dieser Neuerung ganz zufrieden sind. Die Abonnentenjagd der großen Blätter hatte allgemach eine derartige Anhäufung des Lesestoffs zur Folge, daß nur noch müßige Leute sich durch denselben durchzuarbeiten vermochten und diese werden freilich den Abgang der hundert wichtigsten Dinge, Klatschereien und Scandalösen, welche ihnen früher aufgetischt wurden, schmerzlich vermissen, während die Beschäftigten froh sind, jetzt das Essentielle kurz und knapp zu erhalten. In dieser Richtung kann der Strike möglicherweise günstige Folge haben. Das Produciren weit über das Bedürfniß hinaus hat die politische Bildung nicht im mindesten gefördert, dafür aber das Berufslitteratenthum in einem entsetzlichen Grade um sich greifen lassen. Sind die Redactionen verständig, benutzen sie die gegenwärtige Erfahrung, so wird mancher von den Herren „von der öffentlichen Meinung“ es angemessen finden, sich nach einem anderen einträglichen Handwerk umzuthun, und dabei könnte das Ganze nur gewinnen. Auch daß die Journalistik lernt, sich nicht für so unentbehrlich zu halten, wie bisher, mag nicht als ein Schade betrachtet werden. — Und diese Lehre kann ihr, wie die Dinge jetzt liegen, ziemlich empfindlich ertheilt werden. Die Bedingungen der Seher waren unannehmbar, das liegt außerhalb des Streits. Sie verlangten nicht allein Lohnaufbesserung, die bei der großen Theuerung nicht mehr als billig wäre, sondern gleichzeitig noch kürzere Arbeitszeit, verschiedene schwer durchzuführende Vergünstigungen und die principielle Anerkennung ihres Anspruchs auf Antheil am Unternehmergewinn. Denn darauf kommt es doch hinaus, wenn sie eine Tantième von dem Ertrage jener Inserate fordern, welche einmal gesetzt, aber mehrmals, oft jahrein, jahraus immer wieder abgedruckt werden. Diese Forderung können die Arbeitgeber nicht zugestehen, wenn sie nicht ein gefährliches Präcedens schaffen wollen; die Führer der Arbeiter sind aber gerade auf diesen Punkt veressen und sie scheinen Mittel genug von ausländischen Arbeitercoalitionen zu erhalten, um den Widerstand noch längere Zeit fortsetzen zu können. Der März ist aber der

Monat der Abonnementserneuerung und bleiben die Zeitungen uniform wie jetzt, so werden überall wo bisher verschiedene Blätter neben einander gehalten wurden, Einschränkungen eintreten. Zwar steht principiell die ganze Bourgeoisie auf der Seite der Druckerei- und Zeitungsbefitzer, da der Sieg der Seher das Signal zu einer allgemeinen Arbeitererhebung geben würde, aber es dürften nur sehr Wenige Gemeingeist genug bewahren, um die Unternehmer durch Abonnement zu unterstützen. Hat sich doch die Ansicht festgesetzt, daß das Zeitungsgeschäft überhaupt ein so glänzendes sei, wie es in einzelnen Fällen allerdings ist. Dies fabelhaft schnelle Entstehen von Reichtümern durch die Zeitungswirtschaft ist es auch ohne Zweifel, was die Seher so anspruchsvoll und so einmüthig gemacht hat. Wollten die Eigenthümer aufrichtig gegen sich und Andere sein, so müßten sie zugeben, daß aus ihren Kreisen den Arbeitern die Parole gegeben worden ist. Vor fünf oder sechs Jahren traten Redacteurs und Administratoren der „Presse“ an den Besitzer dieser Zeitung mit der Erklärung heran, sie machten das Blatt und wollten deshalb außer ihren glänzenden Gehältern noch Antheil am Gewinn haben. Herr Zang wies dies Ansinnen zurück, jene Herren traten aus, gründeten die Neue Presse und proclamirten unzähligemal, sie seien eigentlich „die Presse,“ benutzten ohne viele Wahl jedes Mittel, um jenes ältere Blatt zu Grunde zu richten und versicherten dabei stets, in ihrem heiligen Rechte zu sein gegenüber dem Bourgeois Zang, welcher so unverschämt gewesen war, das von ihm gegründete und in die Höhe gebrachte Blatt ihnen nicht auszuliefern zu wollen. Der Vorgang wiederholte sich bei mehreren Blättern, einmal mit, einmal ohne den gehofften Erfolg, und die Seher haben nicht ohne Nutzen für sich selbst solche Doctrinen verbreitet. — Dieselbe Neue Presse ist in diesen Tagen an eine Bank verkauft worden, angeblich für anderthalb Millionen. Von dieser Summe mögen einige Hunderttausende abzuziehen sein, da bei derartigen Geschäften gewöhnlich auf beiden Seiten etwas aufgeschnitten wird: immer bleibt das Facit, daß innerhalb weniger Jahre die drei Eigenthümer des Blattes bei demselben Palaste und Willen verdient haben und sich nun mit einem Paarvermögen zurückziehen, welches überall und in jedem Geschäftskreise ein großes genannt werden würde. Kann man es den Sehern da so übel nehmen, wenn ihnen das Blut und allerlei Gedanken zu Kopfe steigen?

Gerade die großen Blätter wissen jederzeit so klug zu reden über „ungesunde Verhältnisse“ in unserem ökonomischen Leben; nicht leicht kann es etwas ungesunderes geben als das Zeitungswesen bei uns! Als eigentlicher Käufer der Neuen Presse wurde öffentlich Graf Beust bezeichnet; er hat dagegen sehr bestimmt romonstreiren lassen, allein es kann trotzdem etwas Wahres an der Sache sein. Man erinnert sich, daß erst vor einigen Monaten

ein anderes Zeitungsblatt in das Eigenthum mehrerer Bankiers überging und daß eben diese Bankiers zufällig um dieselbe Zeit hohe Orden erhielten für unbekanntes Verdienste. Daraus wurde geschlossen, daß die Geldmänner für den Barontitel einen Griff in ihre Cassen gethan und jenes Blatt der Regierung zur Verfügung gestellt hätten. Und diese Auffassung besteht noch heute, nicht zum Vortheil der Beust'schen Politik, wie uns dünkt, denn in jenem Organe treibt die sogenannte süddeutsche Demokratie besonders ungenirt ihr Wesen — und einen unglücklicheren Bundesgenossen kann man sich wohl nicht aussuchen. Indessen mag der Reichskanzler seine bestimmten Absichten bei solchen Verbindungen haben wie bei der Berufung eines polnischen Flüchtlings in sein Cabinet. Dieser letztere Coup kann wenigstens unsere Beziehungen zu Rußland kaum noch verschlimmern, und eine Weile schien es, als ob die cisleithanische Regierung direct auf einen Bruch mit dem östlichen Nachbarn hinarbeite. Die Freunde des Ministeriums fanden gar nichts bedenkliches dabei, den Polen in Galizien eine dem Landtage verantwortliche Regierung zu geben, es mußte ihnen erst von einigen Blättern und von den deutschen Abgeordneten klar gemacht werden, daß die beiden nächsten Früchte des Zugeständnisses völlige Unterdrückung der Ruthenen und Ansammlung aller russenfeindlichen Elemente in Galizien sein würden, also doppelte Herausforderung Rußlands. In der Verlegenheit fand sich zum guten Glück wieder eine Straße, welche der Regierung den Rückzug erleichterte: die Concessionen an die Polen sollten von „Garantien“ abhängig gemacht werden, daß dann Galizien auch ruhig und zufrieden sein wolle. Auf die Frage nach der Natur solcher Garantien blieb selbstverständlich die Antwort aus, ohne daß die Polen ein Recht gehabt hätten, sich über solch' Spiel zu beklagen. Denn sie selbst machen es genau ebenso. Alle möglichen staatlichen Einrichtungen sollen für Galizien nur Geltung haben, wenn der Landtag mit seiner polnischen Majorität sie gut geheißsen hat — so erheischen es die besonderen Verhältnisse der Provinz, hieß es fortwährend. Endlich erbat ein deutscher Abgeordneter sich ganz bescheiden eine nähere Bezeichnung und Beschreibung jener besonderen Verhältnisse und Grocholsti, sonst der verständigste der polnischen Reichsrathsmitglieder, entgegnete, sich darüber zu unterrichten, sei Sache des Reichsraths. Bei so freundlichen Aussichten auf Verständigung mit den Polen kam das Ministerium plötzlich auf die Idee, es mit den Czechen zu versuchen: Nieger der Altezeche und Gladkowsky der Jungzeche wurden eingeladen sich mit Giskra über die Bedingungen eines Ausgleichs zu besprechen. Gern hätte man diese Sache ganz im Stillen abgemacht; da sie aber sogleich public wurde und die Opposition die Minister spöttisch wegen ihrer Befehung zu dem verfehnten Minoritätsprogramm beglückwünschte, erhielten die Centralisten durch ein notorisch ministerielles Blatt

die beruhigende Versicherung: der Versuch der Annäherung sei gar nicht ernst gemeint, die Czechen sollten einfach ad absurdum geführt werden. Was nicht ausbleiben konnte, geschah. Kieger und Stadkowsky lehnten höflich ab, zu zwecklosen Verhandlungen nach Wien zu kommen. Politisch klüger wäre es vielleicht gewesen, wenn die Herren die Reise nicht gescheut und ihrerseits die Minister durch die Frage, was den Czechen denn geboten werde, in die peinlichste Verlegenheit versetzt hätten; aber für ernsthafte Leute wäre es doch eine harte Zumuthung gewesen, in einer solchen Comödie mitzuspielen, deren Pointe im voraus verrathen war. Und wenn nun die Regierungspresse triumphirt: Ihr seht, daß mit den Czechen auf keinen guten Fuß zu kommen ist, sie wollen nicht einmal unterhandeln! so tönt aus den unabhängigen Blättern aller Zungen das Echo zurück: nur mit Euch wollen sie nicht unterhandeln.

Ein würdiges Seitenstück zu dem polnischen und dem czechischen Capitel bildet die Behandlung der Frage des Dalmatiner Aufstandes. Nachdem der Versuch, alle Schuld dem ausgeschiedenen Minister Taaffe „aufzupelzen“, gründlich gescheitert ist, wird die Angelegenheit durch jede neue „Aufklärung“ nur noch mehr verdunkelt und das Ergebnis wird augenscheinlich sein, daß Niemand schuldtrage an den beklagenswerthen Ereignissen und der beinahe noch beklagenswertheren Art der Beilegung des Conflicts. Die Bevölkerung weiß, was sie davon zu denken hat und wird sich kaum wundern, falls mit dem Schmelzen des Schnees der zweite Act des Dramas beginnen und — die Scenerie unverändert finden sollte.

So verhandelt die Reichsvertretung seit November ohne das geringste vor sich gebracht zu haben als ein neues Erwerbsteuergesetz, über dessen Ungerechtigkeit und Unausführbarkeit nur eine Stimme ist — außerhalb des Abgeordnetenhauses. Gewiß hat Mancher nur dem Finanzminister zuliebe gegen die eigene bessere Ueberzeugung gestimmt. An Brestel's ehrlichem Willen ist auch gar nicht zu zweifeln; bei so verwickelten Finanzverhältnissen wie die unserigen reicht man aber mit der Devise Ordnung und Sparsamkeit allein nicht aus. Der geschworene Feind der Bureaukratie ist dahin gekommen, das allerbureaukratischste System, die Einhebung der Steuer vom Arbeiter durch den Arbeitgeber, einzuführen — als ob die Hände in einer Fabrik constant wären wie die Beamten in einem Staatsbureau! — und der Apostel der Sparsamkeit besteuert die Consum- und Sparvereine der Mittellosen. Es ist traurig, den braven Mann sich so verirren zu sehen, und tragisch kann man es nennen, daß gerade Brestel am meisten dazu beitragen muß, die Regierung, welcher er angehört, unpopulär zu machen. Denn welche Stürme sein Einkommensteuergesetz erregen wird, läßt sich leicht voraussehen.

Daß die deutsch-österreichische Fortschrittspartei täglich neue Niederlagen

erleidet, ließe sich verschmerzen. Doch die Schläge treffen das parlamentarische System und das Deutschthum überhaupt mit, wenn nicht die Liberalen aller Nationalitäten bald entschlossene Schritte thun, um über Ministerium und Parlament hinweg zu einer Parteibildung zu gelangen und zu verhindern, daß die Erbschaft des gegenwärtigen Cabinets wieder den Feudalen und Clericalen zufalle. Noch trösten zu Viele sich mit dem Gemeinplaze, daß eine Wiederkehr des Regiments, welches Oestreich so weit gebracht hat, zur Unmöglichkeit geworden sei; es ist nur unmöglich, wenn das Bürgerthum zeigt, daß es weiß was es will und zu handeln bereit ist. Aber bis jetzt gewahren wir davon wenig. Die allgemeine Betheiligung an Schwindelgeschäften, die Corruption, die Vergnügungssucht und auf der anderen Seite Indifferentismus und Pessimismus scheinen alle Thatkraft lahm gelegt zu haben. In der Hauptstadt hat man auf jeden Fall viel wichtigere Dinge zu thun als sich mit der Selbsterhaltung zu beschäftigen: da muß man den mehr ekelhaften als komischen Klopffechtereien zwischen den journalistischen Trabanten des Reichs- und des Landesministeriums zuschauen, sich über die Liebchaften der Theaterprinzessinnen unterrichten und sich für oder gegen Richard Wagner heifer schreien. Mögen Andere über unser Geschick entscheiden!

---

### Zur neuesten Literatur über Polen.

Russisch-Polen und die osteuropäischen Interessen. Von C. P. (Breslau, Ernst Günther's Verlag 1870).

Polen. — Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. (Leipzig, E. L. Kasaprowicz 1870.)

Drei Briefe aus dem Orient bezüglich des europäisch-internationalen Rectifications-Werks. (Leipzig, Fried. Fleischer 1869.)

Daß die todtgesagte polnische Frage gerade in unserer Zeit mehr wie einmal an die Thür des westeuropäischen Gewissens geklopft hat, ist in den Eigenthümlichkeiten der gegenwärtigen Lage zu direct begründet, als daß wir ein Recht hätten uns darüber zu verwundern. Nicht nur daß die seit dem J. 1863 im ehemaligen Königreich befolgte Politik Rußlands, die Polen bis auf das Aeußerste gebracht und Deutschland die Gefahr russischer Ueberfluthung ungleich näher gerückt hat, die veränderte Stellung Oestreichs im